

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Ing. Lugar, Steinbichler, Ing. Dietrich**
Kolleginnen und Kollegen
betreffend **„Stopp der Kriminalisierung von Wirten und Gewerbetreibenden -
Einsparungen im öffentlichen Bereich zur Gegenfinanzierung der Steuerreform“**

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 6: Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (820 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2016 (Bundesfinanzgesetz 2016 - BFG 2016) samt Anlagen (891 d.B.), UG40 (Wirtschaft)

Die Art und Weise der Gegenfinanzierung der geplanten Steuerreform ist entschieden abzulehnen und ein Angriff auf den Wirtschaftsstandort. Anstatt zur Gegenfinanzierung endlich radikale Verwaltungseinsparungen und Einsparungen im öffentlichen Bereich (insbesondere bei den Milliardenförderungen) vorzunehmen, soll ein erheblicher Teil durch Betrugsbekämpfung finanziert werden - wobei die Höhe der daraus geplanten Einnahmen von einer Vielzahl von Experten angezweifelt wird.

Wer glaubt, es werden regierungsseitig endlich die Konsequenzen aus den millionen- und milliardenverschlingenden Skandalen wie etwa dem Hypo-Skandal, der Causa Skylink oder dem Salzburger Spekulationsskandal gezogen, der irrt. Noch immer wurden und werden keine ausreichenden Spekulations- und Haftungsbegrenzungen eingeführt. Noch immer können Länderfürsten, Bürgermeister, ausgegliederte Gesellschaften des Bundes, etc. Steuergelder „machtpolitisch gesteuert“ einsetzen. Transparenzdatenbank und gläserne Verwaltung sind ebenso unvollendet.

Vielmehr wird den Wirten und Unternehmen konkludent vorgeworfen, einen Milliarden Schaden durch kriminelles Verhalten zu verursachen und als Rechtfertigung dafür genommen, dass Aufsichtssystem in Richtung eines Finanzpolizeistaates - Stichwort Registrierkassenpflicht - zu verschärfen. Selbst Dorfwirte bekommen Daumenschrauben in Form von teuren Registrierkassen angesetzt, die sie sogar überwiegend selbst finanzieren müssen. Anstatt den Gewerbetreibenden und Wirten Vereinfachungen wie etwa Pauschalierungen zukommen zu lassen, werden die Rahmenbedingungen weiter verschärft.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Gegenfinanzierung der kommenden Steuerreform durch Verwaltungseinsparungen bzw. Einsparungen im öffentlichen Sektor (insbesondere bei den Milliardenförderungen) vorzunehmen und von der geplanten Kriminalisierung der Wirte und Gewerbetreibenden durch die Ausweitung der Registrierkassenverpflichtung abzusehen.“



